

Die wirtschaftliche Situation in Deutschland und Österreich um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert. Hrsg. von Friedrich Lütge.

Gustav Fischer Verlag, Stuttgart 1964, 254 S., DM 39.—.

„Die wirtschaftliche Situation in Deutschland um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert“ hieß das Thema, das sich die 1961 gegründete „Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte“ für ihre erste Arbeitstagung im März 1963 in Mainz gewählt hatte. Acht der insgesamt neun in Mainz vorgetragenen Referate wurden, in z. T. erweiterter Form, unter Einbeziehung von Diskussionsergebnissen und mit reichen Literaturangaben versehen, im vorliegenden Band der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Die Einbeziehung Österreichs in den Titel der Ausgabe trägt der gründlichen Behandlung Rechnung, welche vor allem die deutschen Erbländer des Habsburgerreiches in zwei großen Beiträgen von H. Hassinger/Wien erfahren haben.

Die Wahl des Themas ergab sich, dem Vorwort des Herausgebers zufolge, aus einer Betrachtung des gegenwärtigen Standes der Forschung, die sich am Merkantilismus sowohl wie am Industrialisierungsprozeß des 19. Jahrhunderts besonders interessiert gezeigt, die zwischen beiden liegende Zeitspanne aber etwas vernachlässigt habe. Die Erhellung dieser Zwischenphase zwischen „ausklingendem Merkantilismus“ und „industrieller Revolution“, also etwa der Jahrzehnte von 1770—1820, haben sich die Referenten der Mainzer Tagung zur Aufgabe gesetzt und zwar auf dem Gebiet des Außenhandels (H. Kellenbenz, H. Hassinger), des Binnenhandels (W. Zorn), des Gewerbe- und Manufakturwesens (H. Hassinger, H. Mauersberg, W. Fischer), auf der Ebene wirtschaftlich-wissenschaftlicher Zusammenhänge (W. Treue) und im Bereich der Landwirtschaft (W. Abel).

Die Untersuchung des Außenhandels übernahmen H. Kellenbenz (Der deutsche Außenhandel gegen Ausgang des 18. Jahrhunderts, S. 4—60) für

Deutschland, d. h. für jene Länder, die nach 1918 noch bei Deutschland blieben, und H. Hassinger für Österreich. Der quantitativen Erfassung eines „deutschen Außenhandels“ setzt natürlich die Tatsache der politischen und wirtschaftlichen Zersplitterung des Reiches die größten Schwierigkeiten entgegen. Es sei aber besonders verwiesen auf die interessanten Ausführungen von Kellenbenz zur „deutschen Handelsbilanz“ im Kapitel VIII seines Beitrages. Hier liegen stets Angaben der Handelspartner Deutschlands über ihren Handel mit „Deutschland“ zugrunde; nicht ganz klar wird dabei, ob sie sich auf das von Kellenbenz besprochene oder auf das gesamte Reichsgebiet, also auch Österreich, beziehen. Aus einer systematischen Erfassung der Ziffern der einzelnen deutschen Staaten (S. 53) wird für die Berechnung einer gesamtdeutschen Außenhandelsbilanz noch einiges zu gewinnen sein, wenn es gelingt, die Anteile des deutschen und des nichtdeutschen Auslandes am Handel dieser Staaten genügend scharf zu erkennen.

Von grundsätzlich anderen Voraussetzungen konnte H. Hassinger (Der Außenhandel der Habsburgermonarchie in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts, S. 61—98) ausgehen. Hassinger gründet seine Arbeit im wesentlichen auf das im 18. Jahrhundert in Österreich einsetzende statistische Quellenmaterial zum Außenhandel der Monarchie, wobei auch bisher unausgewertete oder wenig beachtete Archivalien herangezogen wurden. Eine gesamtstaatliche Statistik des Außenhandels gibt es freilich auch für Österreich im 18. Jahrhundert noch nicht. Bis 1775 wurden Handelsstatistiken nur getrennt für die einzelnen Länder der Monarchie angelegt; eine gemeinsame Außenhandelsstatistik der deutschen Erbländer (außer Tirol und den Vorlanden) beginnt 1776, unmittelbar nach der zollmäßigen Vereinigung dieser Länder. Hassinger bespricht zunächst die Lage des Außenhandels jedes einzelnen der deutschen Erbländer im späten 18. Jahrhundert. Man erhält dabei auch einen guten Überblick über deren handelsstatistische Quellen, unter denen übrigens die Handelsbilanz Böhmens von 1732—35 zeitlich an der Spitze steht. Die Gesamtwerte der Ein- und Ausfuhr der 1775 vereinigten Ländergruppe zeigt eine Tabelle (S. 79) für 7 Jahre zwischen 1776 und 1788. Seit 1790 lassen sich die Ziffern dieses Zollgebietes, dem 1784 auch Galizien angeschlossen wurde, mit denjenigen Ungarns und Siebenbürgens zu einer fast gesamtstaatlichen Außenhandelsbilanz zusammenfügen. Diese wird nach eigener Besprechung Ungarns, Siebenbürgens, der Bukowina und Galiziens für die Jahre 1796—1805 dargestellt (S. 95).

Einige Unvollkommenheiten in der Anlage der statistischen Quellen stehen einer voll befriedigenden Auswertung etwas im Wege. Für die Aufgliederung der Wertbeträge auf einzelne Warensorten bietet die in josephinischer Zeit eingeführte Gliederung in 21 Warensorten eine ungenügende Grundlage (Venedig gliederte zur gleichen Zeit schon in über 500 Warensorten). Schwierigkeiten bieten die Quellen aber besonders durch ihre mangelhafte Bewältigung des Transitproblems. Wenn die Quellen für das Ausland keine Unterscheidung treffen zwischen „Nachbarland“ und „Ursprungs- bzw. Bestimmungsland“, so würde dies die österreichische Außenhandelsstatistik als sol-

che nicht beeinträchtigen. Ungünstiger ist jedenfalls, daß die Quellen den Transitverkehr innerhalb der österreichischen Länder bzw. Zollgebiete offensichtlich recht inkonsequent behandeln, z. B. wenn sie zwei für das Ausland bestimmte Exportposten Ungarns unter Ausfuhr Ungarns in die deutschen Erbländer, aber nur einen von ihnen unter Einfuhr der deutschen Erbländer aus Ungarn notieren, beide aber wiederum als Ausfuhr der deutschen Erbländer ins Ausland verbuchen. Von einer abschließenden Bearbeitung der Handelsbilanzen würde man sich noch ein näheres Eingehen darauf wünschen, mit welchem Sicherheits- bzw. Vollständigkeitsgrad Inkonsequenzen dieser Art aufzudecken und zu berichtigen waren. Das grundsätzliche Ergebnis der Untersuchung Hassingers wird dadurch allerdings kaum mehr berührt werden. Dieses erweist die untersuchte Übergangszeit in Österreich als eine Zeit bemerkenswerten Anwachsens des Außenhandels und zwar sowohl für die deutschen Erbländer wie für die Agrarländer der Osthälfte, jeweils für Ein- und Ausfuhr. Die Bilanzen beleuchten freilich auch den wesentlich schwächeren Anteil der östlichen Länder am Außenhandel des Donaureiches (Hassinger errechnet für sie eine jährliche Kopfquote von $1\frac{1}{3}$ fl. gegenüber $5\frac{2}{3}$ fl. der deutschen Erbländer, beide 1797/98), sie zeigen aber auch, wie stark beide Hälften der Monarchie schon damals, also nicht erst im Industriezeitalter, wirtschaftlich aufeinander angewiesen waren.

Die planmäßige Wirtschaftspolitik der absolutistischen Regierungen war — auch das zeigt sich bei der Betrachtung jener Zwischenphase um 1800 — in mancher Hinsicht Wegbereiter moderner, freiheitlicher Wirtschaftsentwicklung. In den kleinen Territorien Deutschlands mußte sie freilich immer stärker in Widerspruch zu den Anforderungen der modernen Entwicklung geraten. Die Ablehnung der Vielstaatlichkeit und Forderung nach Einheit Deutschlands hat auch, und schon sehr früh, Wurzeln in wirtschaftlichen Erwägungen. Darauf macht W. Zorn (Binnenwirtschaftliche Verflechtungen um 1800, S. 99—109) aufmerksam, der im besonderen der Frage nachgeht, ob sich — vor 1814 — innere Wirtschaftsverflechtungen des deutschen Raumes (einschließlich Österreichs) erkennen lassen, „die für die spätere Zollvereins- und Nationalstaatsbewegung eine von mehreren Wurzeln abgeben konnten“. Es zeigt sich eine Intensivierung der binnenwirtschaftlichen Verflechtungen der Habsburgermonarchie im späten 18. Jahrhundert bei gleichzeitiger Lockerung ihrer Verflechtungen mit dem übrigen Deutschland; für das letztere werden binnenwirtschaftliche Verflechtungen in großer Anzahl sichtbar. Die Frage, ob man schon von einer „Vorstufenbildung eines engeren, kleindeutschen Wirtschaftsgebietes“ sprechen könne, läßt Zorn aber noch offen.

Dem Gewerbe- und Manufakturwesen hat der Mainzer Arbeitskreis besondere Beachtung geschenkt. In einem umfangreichen Aufsatz unternimmt Hassinger (Der Stand der Manufakturen in den deutschen Erbländern der Habsburgermonarchie am Ende des 18. Jahrhunderts, S. 110—176) den Versuch einer allgemeinen Bestandsaufnahme aller gegen Ende des 18. Jahrhunderts in den deutschen Erbländern Österreichs bestehenden Manufakturen.

Die staatliche Gewerbepolitik, die Kapital-, Arbeiter- und Unternehmerfrage werden nur gestreift, im wesentlichen geht es Hassinger um die rein numerische Erfassung der Manufakturen und der in ihnen Beschäftigten. Hassinger gliedert seine Untersuchung in eine „systematische“, d. h. nach den einzelnen Gewerbebezügen vorgehende, und eine „regionale Bestandsaufnahme“, wobei im Verlauf der letzteren die deutschen Erbländer im einzelnen, also Ober- und Niederösterreich, Böhmen (S. 150 ff.), Mähren (S. 160 ff.), Österreichisch-Schlesien (S. 163 ff.) und die Alpenländer behandelt werden. Als Quellen dienen Hassinger neben den um 1790 einsetzenden topographisch-statistischen Publikationen vor allem die österreichischen Manufakturtabellen (seit Mitte des 18. Jahrhunderts) aus dem Wiener Staatsarchiv¹. Zur Durchführung seiner Zählung ist Hassinger gezwungen, sich auf einen klar umgrenzten Begriff von „Manufaktur“ festzulegen, den es allerdings bei den Zeitgenossen noch nicht gegeben hat. Ausgeschlossen werden von Hassinger jedenfalls die Montanindustrie, die chemischen Werke und die Tabakmanufaktur, sodann natürlich alle noch zünftig gebundenen Betriebe und von den nichtzünftigen Betrieben schließlich auch alle diejenigen, die weniger als 10, in der Woll- und Seidenbranche weniger als 20 Arbeitskräfte beschäftigten, wobei die Zahl der im Verlag bzw. als Heimarbeiter Tätigen unberücksichtigt bleibt. Die Quellen lassen aber nicht immer die genaue Arbeiterzahl eines jeden Betriebes erkennen. Für die einzelnen Kreise Böhmens etwa nennt Hassingers Hauptquelle, die Manufakturtabellen, nur die jeweilige Summe der in den einzelnen Kommerzialgewerben Tätigen, nicht aber deren Verteilung auf die Arbeitsstätten. Auch wo diese bekannt ist, weiß man nicht immer, wie viele von den Beschäftigten im Betrieb arbeiteten und wie viele Heimarbeiter waren. Quellenmäßig am schwersten zu greifen ist jene Gruppe von Betrieben, die Hassinger „gewachsene Manufakturen“ nennt, d. s. ältere zünftige Werkstätten, die sich nach dem Fallen von Erzeugungsbeschränkungen oder gänzlicher Freigabe des Gewerbes zu größeren Betrieben ausweiteten, jedoch keine „Fabrikprivilegien“ erwarben. Um eine privilegierte Neugründung größeren Umfangs dürfte es sich allerdings im Falle der Triester Kerzenfabrik handeln, die Hassingers Quellen nicht, oder erst für den Vormärz erkennen lassen (S. 173), die aber (in venezianischen Quellen) schon 1768 als Neugründung mit 70 Sonnenbleichen, also mindestens ebenso vielen Arbeitern, und einem starken Absatz an Kerzen bis nach Sizilien belegt ist. Hassinger kommt in seinem Untersuchungsgebiet zu einem Resultat von ungefähr 280 „echten Manufakturen“. Davon entfielen etwa 139 auf Niederösterreich (sie beschäftigten etwa 38% aller in den dortigen Kommerzialgewerben Tätigen), 80—100 auf Böhmen (unter 5% der in den Kommerzialgewer-

¹ Für das Einzelland Böhmen haben diese neuerdings eine intensive Auswertung erfahren in den Arbeiten von G. Otruba: Die älteste Industrie- und Gewerbestatistik Böhmens. *Bohemia-Jahrbuch* 5 (1964) 161—241 und: Anfänge und Verbreitung der böhmischen Manufakturen bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts (1820). *Bohemia-Jahrbuch* 6 (1965).

ben Böhmens Tätigen), 19 auf Mähren, etwa 7 auf Oberösterreich (10% der in den Kommerzialgewerben Tätigen), 3 auf Österreichisch-Schlesien, der Rest auf die Alpenländer und die Adriaküste. Man muß dieses aus reichster Quellen- und Literaturkenntnis gewonnene Resultat Hassingers als wertvollen Beitrag zur Manufakturgeschichte Österreichs im späten 18. Jahrhundert anerkennen, auch wenn gewisse Unsicherheitsfaktoren aus der Zählung nicht auszuschalten waren.

Allgemeine Fragen der Betriebsform werden von H. Mauersberg (Betriebsform-Modelle der alten Industrien im Strukturwandel, S. 177—191) behandelt. Mauersberg zeigt z. T. an konkreten Beispielen Grundtendenzen einer Neuordnung der gewerblichen Wirtschaft seit der Wende des 18. Jahrhunderts, darunter die für die Folgezeit so entscheidende Verbindung von Wissenschaft und Industrie. Diesem letzteren Thema widmet W. Treue seinen stärker in das mittlere und späte 19. Jahrhundert ausgreifenden Beitrag (Das Verhältnis der Universitäten und Technischen Hochschulen zueinander und ihre Bedeutung für die Wirtschaft, S. 223—237). Treue zeigt, wie neben den Universitäten, die den Gesichtspunkt wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit der Wissenschaft mehr oder minder von sich wiesen, in Technischen Hochschulen, Betriebslaboratorien und staatlichen Forschungsinstituten Einrichtungen mit ausgesprochen wirtschaftlich-technischer Zielsetzung entstanden. Das Vorbild der in Deutschland im 19. Jahrhundert gegründeten Technischen Hochschulen scheint Treue weniger in der Pariser Ecole Polytechnique als in der Technischen Hochschule in Prag und im Wiener Polytechnikum zu sehen.

W. Fischer (Innerbetrieblicher und sozialer Status der frühen Fabrikarbeiterschaft, S. 192—222) kritisiert das Bild von der „inneren Gleichförmigkeit“, der in sich kaum differenzierten „grauen Masse“, das die frühe Fabrikarbeiterschaft ihren Zeitgenossen außerhalb der Fabrikatoren offensichtlich geboten hat (und das nach Fischer auch bei den heutigen Soziologen noch vorherrschend wäre). Fischer kann dieser Vorstellung mit Lohn tabellen mehrerer Betriebe seit 1755 entgegentreten, aus denen außerordentliche Lohndifferenzen gerade für die Frühzeit, im weiteren Verlauf aber die stete Annäherung von Maximal- und Minimallöhnen und das gleichzeitige Steigen des Durchschnittslohnes erwiesen werden.

In seinem Referat (Die Lage in der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft um 1800, S. 238—254) kennzeichnet W. Abel die Lage der deutschen Landwirtschaft um 1800 als „freundlich“, die der deutschen Ernährungswirtschaft aber als „düster“. Man bezieht dieses Urteil im ersten Fall auf die beachtliche Höhe der damaligen Grundrenten bzw. den Kreis derer, die im Genuß derselben standen, im anderen Fall auf die Dürftigkeit, in welcher der größere Teil des Volkes, auch der Bauern, damals lebte.

Wenn es der Wunsch der Veranstalter der Mainzer Tagung und ihrer Referenten war, eine Fülle von Anregungen, Fragen und darüber hinaus auch Ergebnisse zu liefern, so dürfte ihr dies in vollem Umfang gelungen sein. Die vorliegende Veröffentlichung hat — namentlich mit ihren beiden Bei-

trägen zur wirtschaftlichen Lage Österreichs — auch denjenigen Wertvolles zu bieten, deren Interessen vornehmlich dem südosteuropäischen Raum zugewandt sind.

München

Hatto Kallfelz